Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1927

6.8.1927 (No. 181)

Visual Library

№ 181 Samstag, den 6. August 1927 170. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Der Zusammenbruch der Abrüstungsidee

Solange die Menschen von der ihnen vom Himmel geschenkten Vernunft nur einen so bescheidenen Gebrauch machen, wie bisher, wird es Kriege geben. Und, solange es Kriege gibt, wird jedes Volk und jeder Staat **aus Selbsterhaltungstrieb darnach** trachten müssen, in Kriegszeiten seine Existenz zu behaupten. Dazu reichen die Mittel der Diplomatie nicht aus, **dazu gehört eine Armee.** Diese nüchternen Feststellungen, deren Gewicht sich kein verantwortlicher Politiker entziehen wird, können und sollen die Bestrebungen derer, die, von einem vorwärtsweisenden Idealismus beseelt, den Krieg abschaffen möchten, nicht behindern. Ein Ideal verliert nichts von seinem Wert durch die Erkenntnis, daß es zur Zeit noch nicht verwirklicht werden kann. Die Menschheit müßte den Glauben an eine bessere Zukunft verlieren, wenn sie auf das Ideal der Abschaffung des Krieges verzichten wollte.

Aber **einstweilen** sind wir von einer Realisierung dieser idealen Wünsche **noch weit entfernt.** Und, solange das der Fall ist, wäre es **Selbstmord einer Nation,** wenn sie **als einzige** mit lammfromm gesenktem Haupt dastehen wollte, während alle anderen ringsherum das Messer wetzen. Die Geschichte der Religionen lehrt, daß im Notfalle auch die frömmsten und friedlichsten Gläubigen zur Waffe gegriffen haben, nämlich dann, wenn ihr Heim und das Leben ihrer Familie bedroht war. **Man kann innerlich Pazifist sein und wird deshalb doch unter dem Zwang der harten Tatsachen die Notwendigkeit einer militärischen Rüstung anerkennen müssen.**

Auffallend ist es, daß bisher diejenigen Mächte, welche die Idee der allgemeinen Abrüstung besonders propagierten, entweder selbst hernach furchtbare Kriege entfesselten oder aber unter dem Schutze der Abrüstungspropaganda ihre eigene militärische Sicherheit verstärkten. Der letzte Zar von Rußland war bekanntlich derjenige, der die Haager Friedenskonferenzen ins Leben rief; und doch sind **seine** Staatsmänner es gewesen, die mit in erster Linie für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich zu machen sind. Und der ganze moralische Feldzug für Abrüstung, den man in **Nordamerika** nun schon seit Jahren führt, hat keineswegs zu verhindern vermocht, daß die Kriegsflotte der Vereinigten Staaten, soweit sie die Großkampfschiffe umfaßt, neben der britischen die **stärkste Flotte der Welt** geworden ist. Ebenso sind trotz der Kundgebungen des Präsidenten Coolidge für die Abrüstung bei der letzten Genfer Marinekonferenz amerikanische Forderungen vorgetragen worden, deren Erfüllung die Überlegenheit Nordamerikas auch auf die Kreuzerflotte übertragen hätte.

Von jeher ist es eine beliebte Methode der Politik gewesen, das Streben nach Macht hinter einem Pronunciamento der Moral zu verbergen. Die alten Römer haben diese Methode geübt, Napoleon I. hat sie sein Leben lang angewandt, und auch **England** hat sein Schwert angeblich immer nur im Interesse der bedrohten Moral gezogen. Die nordamerikanische Politik ist nicht anders orientiert: sie ist außerordentlich freigebig mit Friedensversicherungen, mit Zusicherungen der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts für andere, aber in der Praxis scheut sie sich garnicht, die Philippinen zu annektieren und die Angliederung Mittelamerikas einschließlich Mexikos vorzubereiten. Und **der** Präsident der Union, der die These vom Selbstbestimmungsrecht der Völker erfand, Herr **Wilson,** hat in Versailles Friedensverträgen zugestimmt, die eine glatte Vergewaltigung dieses Selbstbestimmungsrechts sind. Das deutsche Volk, das ungarische Volk und die Österreicher wissen ein Lied davon zu singen.

Daß **England** bei den Besprechungen in Genf festgeblieben ist, wird man begreifen können. Und, da Washington von seinen Forderungen nicht abging, mußte die Konferenz **mit einem Fiasko** enden. Dieses Fiasko wird jetzt offen eingestanden. Die Redewendung, die Konferenz „vertage sich", ist lediglich eine Floskel. Präsident Coolidge selbst hat den Zusammenbruch der Abrüstungsidee bestätigt, indem er dieser Tage erklärte, er habe die **Hoffnung auf eine Verwirklichung dieser Idee aufgegeben.**

Das Fiasko der Marinekonferenz von Genf hat zu **einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen England und Nordamerika geführt.** Wie bedeutend diese Verschlechterung ist, erkennt man am besten aus den Verlautbarungen hüben wie drüben, Verlautbarungen, in denen die Trübung des Verhältnisses glatt eingestanden wird. Allerdings wird daran die Versicherung geknüpft, daß man alles tun werde, um diese Trübung nicht etwa in eine Gegnerschaft ausarten zu lassen. Interessant ist es, daß der amerikanische Staatssekretär Kellog auch bei dieser Gelegenheit dem amerikanischen Volke und der Welt stolz verkündete, die Union habe nun doch die stärkste Linienschiffsflotte der Welt.

Frankreich, dem bei dem ganzen Abrüstungs-Gerede nie recht wohl zumute war, ist über das Fiasko von Genf **ehrlich erfreut.** Denn **Frankreich will keine Abrüstung,** weder eine solche zur See, noch eine solche zu Lande. Der Passus des Friedensvertrags von Versailles, der nach der vollzogenen Entwaffnung Deutschlands eine entsprechende Abrüstung **allen** Staaten zur Pflicht macht, wird offenbar völlig ignoriert.

Die Konsequenzen, die sich daraus **für uns** ergeben, liegen auf der Hand. Entweder die Abrüstung in der ganzen Welt kommt, dann werden wir uns auf die Dauer mit unserer Entwaffnung **abfinden** müssen; **kommt diese Abrüstung aber nicht, bleiben alle Mächte um uns herum bis an die Zähne bewaffnet, dann werden auch wir nicht als die einzige Nation unbewaffnet bleiben können.** Wenigstens nicht auf die Dauer. Einmal wird der Tag kommen, wo man auch uns das Recht zur Bewaffnung wieder zugestehen wird. Wir werden dieses Recht fordern. Und zwar wird es eine **allgemeine vaterländische Forderung** sein, der sich das ganze Volk ohne Unterschied der Partei anschließt.

Zum Scheitern der Genfer Konferenz

Die „Deutsche Allg. Ztg." schreibt zu dem Abbruch der Genfer Konferenz: Das Scheitern der Konferenz in Genf wird in deutschen Kreisen lebhaft bedauert. Das Interesse an der Frage der Abrüstung ist in Deutschland naturgemäß besonders groß, und die Schwierigkeiten, die der Regelung dieser Frage entgegenstehen, werden hier mit besonderem Interesse beachtet. Es ist zu hoffen, daß auf der **Septembertagung des Völkerbundes** die Initiative ergriffen wird, um den Gefahren, die gelegentlich des Scheiterns der Konferenz entstehen können, rechtzeitig entgegenzutreten.

*

In einer Rede vor dem Institute of politic in Williamstown (Massachusette) sagte der Leiter der Presseabteilung des Londoner Foreign Office, Sir Arthur **Wiffert,** über den Abschluß der Genfer Konferenz: Großbritannien wird fortfahren, seinen Bedürfnissen entsprechend zu bauen. Die Amerikaner können tun, was ihnen gut dünkt. Es wird keinen Unterschied für uns bedeuten. Wir wissen, was wir unbedingt brauchen. Wir müssen eine geeignete Anzahl leichter Kreuzer haben, um unsere Handelswege in den auseinandergerissenen Zonen zu schützen und um einen Schutz gegen U-Boote zu haben. Wenn die Amerikaner wünschen, einen Rüstungswettbewerb zu beginnen und die amerikanische Einkommensteuer entsprechend zu erhöhen, dann ist das eine amerikanische Angelegenheit. Jeder Schuljunge in England weiß, daß uns vor zehn Jahren die Lebensmittellieferung beinahe abgeschnitten wurde und an diese Gefahr wollen wir nicht noch einmal kommen.

Nach einer Meldung aus Rapid City erklärte Präsident **Coolidge** vor Journalisten, es sei nicht richtig, daß er im Jahre 1929 eine Abrüstungskonferenz einzuberufen plane. Er habe die Absicht, 4. März des genannten Jahres zurückzutreten. Dadurch ist die Bedeutung seiner Erklärung, sich zur Wiederwahl nicht mehr zu stellen, geklärt.

Die deutsche Völkerbundsdelegation. Dem „Vorwärts" zufolge ist anzunehmen, daß die deutsche Delegation für die Völkerbundstagung ziemlich wie das letzte Mal zusammengesetzt sein wird. Wie das Blatt weiter mitteilt, haben der sozialdemokratische Partei- und Fraktionsvorstand einem Ersuchen der Reichsregierung, wie im Vorjahre Dr. **Breitscheid** nach Genf zu delegieren, wenn auch unter starkem Bedenken zugestimmt. Maßgebend sei dabei der Gesichtspunkt gewesen, daß die außenpolitische Linie, die die Reichsregierung im Völkerbund einnimmt, mit der von der sozialdemokratischen Partei eingenommenen Richtung zur Zeit übereinstimmt.

Die Lage in der rheinischen Seidenindustrie. Zu der Aussperrung der Belegschaft der Rheinischen Seidenindustrie wird berichtigend mitgeteilt, daß zunächst die Gewerkschaftsführer aufgefordert wurden, die in den Streik getretenen Schererinnen, Spulerinnen und Winderinnen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Erst wenn dieser Aufforderung keine Folge gegeben werde, sei mit der Aussperrung der gesamten Arbeiter in der rhein. Seidenindustrie zu rechnen.

Die Entwaffnung Deutschlands

Ein Schreiben Briands

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat dem Reichsaußenminister Stresemann die Abschrift eines Schreibens übermittelt, das der französische Außenminister in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der **Botschafterkonferenz** unter dem 22. Juli an ihn gerichtet hat, und das sich auf die interalliierte Militärkontrollkomission bezieht. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Paris, den 22 Juli 1927.

Herr Generalsekretär,

im Namen der in der Botschafterkonferenz vertretenen belgischen, britischen, französischen, italienischen u. japanischen Regierung beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß die **interalliierte Militärkontrollkommission in Deutschland,** deren Funktionen in den Artikeln 203 ff. des Vertrages von Versailles festgelegt waren, am 31. Januar d. J. **aufgelöst** worden ist; daraus ergibt sich, daß die Befugnisse, die den vorstehend genannten Regierungen auf Grund der Artikel 203 ff. des Vertrages von Versailles zustanden, von da an ihr Ende gefunden haben. Indessen sind auf Grund eines am 12. Dezember v. J. zwischen den Vertretern der obengenannten Regierungen und dem deutschen Reichsaußenminister abgeschlossenen Abkommens **bei den diplomatischen Missionen** dieser Regierungen in Berlin **Sachverständige** belassen worden, um die endgültige Erledigung derjenigen Fragen zu verfolgen und sicherzustellen, die am Tage der Zurückziehung der Kontrollkommission noch nicht als vollständig geregelt angesehen werden konnten.

Infolgedessen beehre ich mich, um den Völkerbundsrat in die Lage zu versetzen, gegebenenfalls von dem ihm durch Artikel 213 des Vertrages von Versailles zuerkannten **Investigationsrecht** Gebrauch zu machen, Ihnen gleichzeitig mit diesem Brief den **Schlußbericht** der Kontrollkommission zu übermitteln. Dieser Bericht wird später ergänzt werden in denjenigen Punkten, deren endgültige Regelung von den Sachverständigen seit dem 31. Januar 1927 verfolgt wird, sowie in verschiedenen, durch unmittelbares Abkommen zwischen der Botschafterkonferenz und der deutschen Regierung geregelten Fragen, die sich auf die Ausführung der Abrüstungsbestimmungen des Vertrags beziehen.

Ich füge diesem Schreiben bei: 1. eine kurze Inhaltsangabe des Berichts der Kontrollkommission, 2. das Verzeichnis der Fragen, hinsichtlich deren die Botschafterkonferenz nach Beendigung der Arbeit der Sachverständigen die Ehre haben wird, ergänzende Mitteilungen und Schriftstücke zu übersenden.

Die Botschafterkonferenz wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Mitteilung zur Kenntnis der Mitglieder des Völkerbundsrats bringen wollten. Genehmigen Sie usw.

(gez.) Briand.

Der Generalsekretär hat bei der Übermittlung dieses Schreibens mitgeteilt, daß die Anlagen des Schreibens im Archiv des Generalsekretariats aufbewahrt würden.

*

Die Veröffentlichung des Schreibens hat in Paris und Berlin einiges Aufsehen erregt. Hierzu liegt, wie aus Berlin mitgeteilt wird, kein Grund vor. Briand hat als Vorsitzender der Botschafterkonferenz dem Völkerbund davon Mitteilung gemacht, daß die Tätigkeit der **Kontrollkommission** aufgehört hat und ihre **Befugnisse auf den Völkerbund** übergangen sind. Durch die Dezemberabmachung von 1926 war das Ende der Militärkontrolle auf den 31. Januar 1927 festgelegt und damit hat die im Versailler Vertrag vorgesehene Kontrolltätigkeit ihr Ende erreicht. Der französische Außenminister fügt seinem Brief eine Inhaltsangabe des Schlußberichtes der Kontrollkommission bei und ebenso ein Verzeichnis der noch nicht völlig erledigten Fragen. Von einem „neuen Vorstoß Briands" kann daher nicht die Rede sein, weil das Ganze **nur ein geschäftsordnungsmäßiger Vorgang** ist. In dem Schreiben wird auch die Tätigkeit der militärischen Sachverständigen kurz skizziert, denen, wie bekannt, keine Kontrollrechte zustehen. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist **daraus** zu erklären, daß Briand jetzt nach Beendigung seiner Krankheit die Geschäfte wieder übernommen hat.

Erwerbslosigkeit der Jugendlichen

Die Vermögensumschichtung, die infolge der Inflation eingetreten ist, hat die Zahl der jugendlichen Berufstätigen außerordentlich vermehrt. Nach Schätzungen stehen **über eine Million** Arbeitender oder Arbeitsuchender heute im Alter von 14 bis 18 Jahren. Aber nur ein kleiner Teil dieser jugendlichen Arbeitnehmer macht eine ordnungsmäßige Lehre durch und ist dadurch einigermaßen gegen Erwerbslosigkeit geschützt. Um so schwerer hat diese die Hunderttausende von Jugendlichen betroffen, die als **ungelernte** Arbeiter oder Hilfsangestellte sich ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Man hat bei den Arbeitslosenzählungen leider die jugendlichen Erwerbslosen nicht gesondert gezählt. Aber einige sichere Unterlagen für Schätzungen liegen vor. In den Berliner Berufsschulen waren, wie Dr. Runecker in der Zeitschrift des G. D. A. festgestellt hat, im August 1926, also zu einer Zeit, in der die Arbeitslage noch recht günstig war, **12 600 Schüler und Schülerinnen erwerbslos.** In Köln wurde ermittelt, daß von den Ostern 1926 aus der Schule Entlassenen 5850 eine Lehr- oder Arbeitsstelle besaßen, 4788 aber ohne Beschäftigung blieben. In Essen wurden Anfang Mai dieses Jahres 1240 erwerbslose männliche Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren und 2400 im Alter von 14 bis 15 Jahren gezählt. Besonders die letzte Ziffer ist außerordentlich beweiskräftig für den ungeheuren Umfang der Erwerbslosigkeit der Jugendlichen.

Mit der Beilage: 41. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Politische Neuigkeiten

Die Wiener Vorgänge und die Militärkontrolle

Der österreichische **Bundeskanzler** richtete an den Bürgermeister Dr. **Seitz** ein Schreiben, worin er mitteilt, daß ihm vom Liquidierungsorgan der Interalliierten Militärkontrollkommission am 29. Juli eine **Note** zugegangen sei, worin unter Berufung auf Artikel 123 des Vertrages von St Germain gegen die Errichtung der Wiener Gemeindeschutzwache Einspruch erhoben und deren **Auflösung verlangt** wird.

Ein Freitag abend ausgegebener Erlaß des Bürgermeisters verfügte die **Auflösung der Gemeindeschutzwache** und die **Aufstellung** einer lediglich für den Wachdienst bestimmten **Gemeindewache.** Diese Auflösung hat bis spätestens 18. August d. J. zu erfolgen. Die neue Gemeindewache soll lediglich den Wach- und Ordnungsdienst in städtischen Ämtern, Anstalten, Betrieben und Unternehmungen zu versehen haben, und die Aufgaben der Bundespolizei unberührt bleiben. Insbesondere obliegt dem Dienst der Gemeindewache auch nicht mehr die seinerzeit der Gemeindeschutzwache zugewiesene Aufgabe, für Ruhe und Ordnung in den Straßen zu sorgen. Von einer Bewaffnung irgend welcher Art wird nicht gesprochen; sie dürfte wohl über das Tragen eines Säbels nicht hinausgehen. Die Gesamtzahl aller Wachtangehörigen dürfte den Einheitsstand von 1000 Mann nicht überschreiten. Um die Aufnahme in die Gemeindewache kann sich jeder österreichische Gemeindebürger im Alter von 22 bis 36 Jahren bewerben.

Bürgermeister Dr. **Seitz** richtete an den Bundeskanzler **Seipel** in Beantwortung von dessen Schreiben betreffend den Einspruch der liquidierenden Organe des Interalliierten Militärüberwachungsausschusses ein Schreiben, worin er zunächst feststellt, daß dieser Einspruch sich mit Unrecht auf den Artikel 123 des Staatsvertrages von St. Germain stützt. Dieser Artikel gebe den alliierten und assoziierten Regierungen nicht das Recht, Überschreitungen anzufechten. Ob die Sicherheitsorgane Gemeinde- oder Polizeiorgane sind, sei eine innere Angelegenheit der Republik Österreich. Der Bürgermeister erwartet daher, daß die Bundesregierung gegen die unbegründete Einmischung der Liquidationsorgane Einspruch erheben werde. Jedenfalls werde der Einspruch der Liquidationsorgane durch den Erlaß des Bürgermeisters gegenstandslos werden. Durch die Auflösung der Gemeindeschutzwache sei praktisch dem Verlangen der Liquidationsorgane unbeschadet der rechtlichen Auffassung Rechnung getragen.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß in Paris

hat, nachdem **Jouhaux** sein Referat über die Aktion der Arbeiter gegen den Krieg und den Militarismus verlesen hatte, eine längere Resolution angenommen, in der der Kongreß die Kriegsgegner aller Parteien auffordert, die **Antikriegsaktion** der Organisationen der Arbeiterklasse zu unterstützen. Der Kongreß bestätigt ausdrücklich die auf dem Wiener Kongreß festgelegten Grundsätze über die Aktion gegen den Krieg einschließlich den **Generalstreik.** Die Entschließung spricht sich für die Grundsätze des obligatorischen Schiedsgerchtsverfahrens und die freundschaftliche Regelung der zwischen den Nationen entstehenden Differenzen durch den Völkerbund aus. Schließlich erinnert der Kongreß daran, daß die **Friedensverträge,** die gewisse Länder entwaffnet habe, den Signatarmächer die Verpflichtung auferlege, den Weg der **Abrüstung** zu beschreiten. Von den nationalen Gewerkschaftszentralen wird verlangt, darauf hinzuwirken, daß der Herstellung von Waffen und Kiegsmaterial ein Ende bereitet und die Waffen- und Munitionslager unter Kontrolle gestellt werden.

Im Anschluß an das folgende Referat des deutschen Delegierten **Leipart** über die Frage des internationalen Kompromisses um den **Achtstundentag** wurde eine Entschließung angenommen, in der die sofortige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag verlangt wird, und kategorisch sämtliche Länderabkommen abgelehnt werden, die gewisse Regierungen obligatorisch abgeschlossen haben, ohne sich mit dem Internationalen Arbeitsamt in Verbindung zu setzen.

Weiter wurde beschlossen, daß eine Delegation sämtlicher auf dem Kongreß vertretenen Organisationen und zwar je ein Delegierter für eine Nation, sich morgen zum amerikanischen Botschafter begeben sollen, um gegen die Bestätigung des Todesurteils im Falle Sacco-Vanzetti zu protestieren.

Ferner nahm der Kongreß einen Bericht des Abg. **Aufhäuser** über die Arbeiten des 3. Ausschusses, denen die Referate von Queedegest und Smith über die Stellung der **Freien Berufe, Angestellten, Beamten** usw. in der Gewerkschaftsbewegung zugrunde lagen, entgegen. Es wurde beschlossen, daß die Organistionen der geistigen Arbeiter den Landeszentralen angegliedert und daß ihre Vertreter in den Zentralrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes aufzunehmen sind. Geistige Arbeiter in abhängiger Stellung **sollen in den Angestelltengewerkschaften** organisiert werden.

Fünfzig Jahre Deutsches Patentgesetz

An 1. Juli waren es fünfzig Jahre her, daß das Deutsche Patentgesetz in Kraft trat, und daß am gleichen Tage das **Deutsche Reichspatentamt** seine Tätigkeit begann. Das Patentamt hat sich durch den Ausbau eines **wirksamen Patentschutzes** für in- und ausländische Erfinder große Verdienste erworben und gehört im allgemeinen zu denjenigen Behörden, die sich auch in der Öffentlichkeit großer Beliebtheit erfreuen. Das Deutsche Patentgesetz ist im Jahre 1891 **vollkommen neu bearbeitet** worden. Der Erfolg dieses Gesetzes war es, daß deutsche Patente heute überall in der Welt das größte Ansehen genießen. In den Jahren 1877 bis 1926 sind vom Reichspatentamt insgesamt rund 440 000 Patente erteilt worden, von denen Ende 1926 noch 64 000 in Kraft waren. Angemeldet sind aber in dem genannten Zeitraum **mehr als 1,3 Millionen Patente,** ein Beweis, wie streng die Patentanmeldungen gesichtet und geprüft werden, bevor das Patent erteilt wird. Seit 1891 wird auch **Gebrauchsmusterschutz** gewährt; es sind seitdem insgesamt beinahe 1,8 Millionen Gebrauchsmusteranmeldungen eingegangen. Dazu kommen noch 637 000 Warenzeichenanmeldungen. Die Arbeit des Patentamts ist also recht umfangreich, und seine Verdienste um die deutsche Wirtschaft werden mit Recht hoch eingeschätzt.

Einkommensteuer und Hindenburgspende

Nach einem Urteil des Reichsfinanzhofs vom 28. März 1927 (Reichssteuerblatt 1927 S. 124) sind Aufwendungen einer Erwerbsgesellschaft zu gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken **abzugsfähig,** wenn die Aufwendungen nach Art und Höhe bei Geschäften gleicher Art als üblich anzusehen sind und wenn sich ihnen die Gesellschaft mit Rücksicht auf ihre Stellung im Erwerbsleben bei Abwägung ihrer Aufgaben und Interessen **nicht entziehen** kann. Diese Entscheidung gilt in gleicher Weise für alle Gewerbebetriebe, seien es nun Aktiengesellschaften, Körperschaften, offene Handelsgesellschaften oder Einzelpersonen. Sie dürfte für die Beurteilung und Bemessung der Beiträge zur Hindenburgspende nicht ohne Bedeutung sein. Sie wird durchweg gestatten, den zur Hindenburgspende geleisteten Beitrag voll von dem zu versteuernden Einkommen abzusetzen.

Der kommende deutsche Ozeanflug

Startbereit ab Montag

Die Untersuchung des Rekordflugzeuges im Dessauer Flughafen ist im Laufe des Freitags abgeschlossen worden. Der Motor der Maschine hat den 52stündigen Flug ohne irgendwelche erkennbare Schädigungen überstanden. Gleichwohl wird der Motor noch einmal völlig überholt und bis in die kleinsten Konstruktionsteile auf etwaige Abnutzungen untersucht werden. Man hofft, daß bis zum **8. August** die Durchsicht der Maschine und des Motors durchgeführt ist, so daß die beiden Maschinen **„Europa"** und **„Bremen"** von diesem Tage an als **startbereit für den Ozeanflug** gelten können. Der Termin für den Ozeanflug wird nach Abschluß dieser Vorbereitungen nur noch von den Wetterberichten abhängig sein. Die Hamburger Seewetterwarte unterrichtet schon jetzt die Junkerswerke fortlaufend über die Wetterverhältnisse auf dem Ozean.

Die zwei Amerikafluggzeuge werden, wie vom Reichspostministerium mitgeteilt wird, auch **Briefpost** nach den Vereinigten Staaten und anderen Ländern, deren Postverkehr über Neuyork geleitet wird, mitnehmen. Das Gewicht der Briefe darf 20 Gramm nicht übersteigen. Die Gebühr beträgt für eine Postkarte 12 *RM*, für einen Brief 25 *RM*. Die Sendungen müssen den Vermerk tragen: „Mit Flugzeug nach Amerika" und dem Postamt in Dessau in einem besonderen Umschlag übersandt werden.

Der deutsche Rekordflug

Insgesamt haben — wie aus **Dessau** berichtet wird — die Junkersflieger bei vorsichtigster Schätzung mindestens 6000 Kilometer zurückgelegt. Die beiden Piloten waren nach Beendigung ihres von ganz Dessau stürmisch gefeierten Fluges in glänzendster körperlicher Verfassung. Am Freitag vormittag gegen 10 Uhr 10 Minuten, als der Flieger wieder unter den tosenden Hurrarufen der begeisterten Menge in schneidiger Kurve über den Platz flog, hörte man plötzlich, wie der Motor abgestellt wurde. Das Tosen der Menge wurde zum Orkan, der wie ein Wirbelsturm über den Platz fegte. Man sah, wie das Flugzeug in kurzer Schleife niederging und im nächsten Augenblick, bevor noch das Flugzeug den Boden berührt hatte, durchbrach die nach mehreren Tausenden zählende Menschenmenge alle Absperrungen und stürmte über das Feld, um die Piloten zu ihrer Fahrt zu beglückwünschen. Um 10.11 Uhr war die Landung nach einer Gesamtflugzeit von 52 Stunden 23 Minuten mitten auf dem Felde mit stehendem Motor erfolgt. Nachdem sich die Aufregung etwas gelegt hatte, und es den angestrengtesten Bemühungen der Flugleitung allmählich gelang, einigermaßen die Ruhe wiederherzustellen, begann ein kleiner, schnell inszenierter Festakt. Als erster sprach Prof. **Junker,** der vor Rührung kaum sprechen konnte und zuerst immer nur den Fliegern, die seine Maschine so wacker geführt hatten, die Hände reichte. Er dankte dann den Piloten und dem gesamten Arbeiter- und Angestelltenstab für das, was sie geleistet hatten und betonte, daß dieser Erfolg nicht nur das Werk ehre, sondern auch das deutsche Volk in seiner Gesamtheit. Er schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland, worauf die Menge das Deutschlandlied anstimmte. — Eine gründliche Untersuchung ergab, daß sowohl Motor wie Flugzeug nach einer **Flugzeit von 52 Stunden 23 Minuten in allen Teilen vollkommen intakt** waren. Von dem mitgenommenen Brennstoffvorrat von 2000 Kilogramm Benzol hatten die Flieger zur Landung noch ein bestimmtes Quantum zurückgebracht, den Brennstoff also nicht völlig ausgenutzt. Von den mitgenommenen 140 Kilogramm Öl war überhaupt nur die Hälfte verbraucht worden.

Der Reichsverkehrsminister hat an die Firma Junkers folgendes Telegramm gesandt: „Ich ersehe aus den Zeitungen, daß es mit einem Flugzeug des Werkes gelungen ist, den Weltrekord zu brechen. Indem ich Ihnen hierzu meine besten Glückwünsche ausspreche, wünsche ich den weiteren Plänen des siegreichen Flugzeuges besten Erfolg. Dr. Koch, Reichsverkehrsminister."

Amerika und der deutsche Rekord

Chamberlin erklärte, wie aus Newyork gemeldet wird, er beabsichtige, den von Deutschland errungenen Dauerflugrekord wieder an sich zu bringen. Nach seinen Mitteilungen wird er versuchen, mit einer in Amerika gebauten Maschine 60 bis 70 Stunden in der Luft zu bleiben. Belanca, der Konstrukteur der „Mitz Columbia" hat die Pläne zum Bau einer neuen Serie von Flugzeugen entworfen, mit denen, wie er hofft, Chamberlin einen neuen Flugweltrekord durchführen werde. Chamberlin erklärte, daß ihn der deutsche Rekord nicht überrascht habe, denn er habe bei seinem Aufenthalt in Deutschland viele ausgezeichnete Flugzeuge gesehen. Um den Rekord der Junkers-Flieger zu brechen, brauche er nur ein Belanca-Flugzug. Die Columbia, die für den Ozeanflug 375 Gallonen Betriebsstoff an Bord hatte, könne 500 Gallonen mitnehmen und dann 60 bis 70 Stunden in der Luft bleiben.

Die Dauererwerbslosen

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist in den letzten Monaten in erfreulicher Weise zusammengeschmolzen. Gerade deswegen ist es auffällig, daß in einer Reihe von Berufszweigen auch heute noch eine verhältnismäßig große Zahl von Arbeitslosen vorhanden ist, obwohl auf der anderen Seite bereits ein erheblicher **Mangel** an Arbeitskräften, und zwar keineswegs nur an hochqualifizierten Facharbeitern, sich bemerkbar macht. Bei vorgenommenen Stichproben der Arbeitsnachweise hat sich nun herausgestellt, daß ein erheblicher Teil der jetzt noch Erwerbslosen, sei es aus gesundheitlichen Gründen, sei es wegen mangelnder Ausbildung oder wegen zu hohen Alters, **überhaupt nicht als volleistungsfähig angesehen werden kann.** Es scheint deswegen, daß die Auffaugung der Arbeitslosen infolge starker Beschäftigung der Betriebe jetzt zum mindesten in einer Reihe von Berufen bereits so ziemlich auf den Höhepunkt gelangt ist, der überhaupt erreicht werden kann. Das gilt übrigens keineswegs nur für di Arbeiterschaft; auch unter den stellungslosen **Angestellten** befinden sich heute zum großen Teil entweder **ältere Leute** oder jene **oberflächlich ausgebildete Jugend der Kriegs- und Inflationszeit,** die ohne eine neue sachgemäße Schulung in den meisten kaufmännischen Stellungen keine zufriedenstellende Tätigkeit auszuüben vermag. In gleicher Weise erklärt sich wohl auch die verhältnismäßig große Anzahl der **Dauererwerbslosen,** die bereits aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden und in die Krisenfürsorge eingereiht worden sind. Die Sichtung, **Umschulung** oder sonstige geeignete Unterbringung dieser aus irgenwelchen Gründen **nicht voll erwerbsfähigen** Arbeitslosen bildet ein besonderes Problem, dessen Lösung nicht geringe Schwierigkeiten bereiten wird.

Wie groß die Zahl der Dauererwerbslosen schon im vorigen Jahre war, beweist eine Zählung, die im Juli 1926 in Berlin veranstaltet worden ist. Dabei ergab sich, daß schon damals 19 Prozent der männlichen Arbeiter und 14,6 Prozent der männlichen Angestellten **länger als ein halbes Jahr Erwerbslosenunterstützung bezogen.** Heute ist dieser Prozentsatz, wenn man die Krisenfürsorge in die Zählung einbezieht, zweifellos sehr beträchtlich **höher.**

Gebesserte Lage beim Handwerk

Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird über die Lage des deutschen Handwerks im Monat Juli u. a. mitgeteilt, die anhaltende Besserung der wirtschaftlichen Gesamtlage habe mit der Zeit auch im Handwerk eine erfreuliche Aufwärtsbewegung bewirkt. Die Lage des Handwerks habe weitgehend unter dem Einfluß der überwiegend noch fortdauernd günstigen Beschäftigung im Baugewerbe gestanden. Für einen großen Teil des Handwerks sei die Berichtszeit gekennzeichnet durch den Höhepunkt der mit Beginn der Juliferien einsetzenden Reisezeit. Auf dem Land und in den kleinen Städten sei die Lage des Handwerkt nicht einheitlich zu beurteilen. Die Preisgestaltung für geleistete Arbeiten und Lieferungen lasse noch immer sehr zu wünschen übrig. Im Gegensatz hierzu stehe die steigende Tendenz fast aller Unkosten, die der Handwerker bei seiner Produktion zu tragen habe, ohne sie auf die Kundschaft abwälzen zu können. Als eine nicht zu unterschätzende Gefahr für das Handwerk wird die Tatsache bezeichnet, daß in steigendem Maße Arbeiter nach Beendigung ihrer tätlichen Arbeitszeit durch Ausführung privater Handwerksarbeiten ihren Erwerb zu vergrößern suchen. Das Handwerk wird mit allen Mitteln anstreben, daß in das Arbeitsgesetz eine Bestimmung aufgenommen wird, durch die auch den Arbeitnehmern die Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit verboten wird.

Die Sparkassen-Guthaben

Die Spar- und Giroeinlagen der deutschen Sparkassen sind bekanntlich in den letzten Jahren wieder in recht erfreulicher Weise angewachsen, wenn sie auch den Stand der Vorkriegszeit noch bei weitem nicht wieder erreicht haben. Die Gesamtsumme sämtlicher Spareinlagen in deutschen Sparkassen betrug Ende 1924 nur noch 608 Millionen *RM*, Ende 1926 aber wieder 3096 Millionen *RM* und im April 1927 sogar 3854 **Millionen** *RM*. In dem gleichen Zeitraum stiegen auch die Giroeinlagen der deutschen Sparkassen von 655 auf 1203 Millionen Reichsmark. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen im Jahre 1913 rund 325 *RM* Spareinlagen, Ende 1924 aber nur noch 9,75 *RM*, während im April 1927 schon wieder 61,8 *RM* **Spareinlagen auf den Kopf der Bevölkerung** angesammelt waren.

Von den einzelnen deutschen Ländern hatten die preußischen Sparkassen im April 1927 einen Einlagebestand von 2493 Millionen *RM*, die bayerischen von 290 Millionen *RM*, die sächsischen von 230 Millionen *RM*, die württembergischen von 188 Millionen *RM*, die **badischen** von 178 Millionen *RM*, die hessischen von 90 Millionen *RM* und die thüringischen von 83 Millionen *RM*.

Zählung der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten

Die Zählung der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten, die im Oktober erneut vorgenommen wurde, hat gegenüber der Zählung vom Jahre 1926 eine **Zunahme** der Beschädigten von 720 931 auf 736 867, also insgesamt um rund 15 936 ergeben. Diese Steigerung der Zahl der Kriegsbeschädigten wird dadurch erklärt, daß infolge der anhaltenden wirtschaftlichen Not zahlreiche Kriegsbeschädigte **nachträglich um Rente nachgesucht haben,** die früher kein Gewicht auf sie gelegt haben, und daß außerdem ein Teil der seinerzeit Abgefundenen wieder in die Rentenversorgung hineinzukommen sucht. Hierauf deutet schon die Tatsache hin, daß die Zahl der Anträge auf Rentenneubewilligung, -wiedergewährung und -erhöhung stark zugenommen hat. Am 1. Oktober 1926 waren noch 62 687 solcher Anträge unerledigt. Durch Todesfall scheiden jährlich 9400 Beschädigte aus der Rentenversorgung aus. Die Ergebnisse der Zählungen zeigen, daß von einer Minderung der Ausgaben bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge noch nicht die Rede sein konnte, und wahrscheinlich auch für die nächste Zukunft eher eine weitere **Steigerung** als ein Rückgang zu erwarten ist.

Der landwirtschaftliche Genossenschaftstag

Auf dem Kasseler Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftstage sprach Professor **Beckmann,** Bonn-Poppelsdorf, über die Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Ihr Zweck ist bekanntlich die Herstellung **gleichartiger und gleichwertiger Ware.** Prof. Beckmann glaubt, daß die ausländische Einfuhr nur dadurch von den deutschen Grenzen ferngehalten werden kann, daß auch die **deutsche** Landwirtschaft **Qualitätsprodukte** liefert. Die Aufgabe der landwirtschaftlichen Genossenschaften sei deshalb die Erziehung der Massen zur Qualitätsproduktion. Eine andere wichtige Aufgabe besteht darin, den landwirtschaftlichen **deutschen Osten** näher an die großen Absatzmärkte der deutschen Industriegebiete heranzubringen. Es wurde ein Antrag einstimmig angenommen, in welchem es u. a. heißt: „Trotz der allgemeinen Verarmung hat der Konsum landwirtschaftlicher Erzeugnisse sich den hochwertigen, besten Qualitätserzeugnissen zugewandt, besonders solchen, deren Qualität als Standardware weithin sichtbar ist. Die Absatzkrise für manche Waren ist deshalb nur durch Standardisierung der Produkte, die einen zusätzlichen Verzehr auslöst, zu mildern oder zu lösen. Diese Aufstellung des Standards ist nicht Sache der einzelnen Produzenten, sondern einer **größeren Organisation, der Genossenschaft.** In Deutschland ist die Genossenschaft noch unentbehrlicher als anderswo, weil die Produktionsbedingungen infolge klimatischer, regionaler und sonstiger Unterschiede der Betriebe weit größere Verschiedenheiten aufweisen als im Auslande. Deshalb ist in Deutschland die Standardisierung nahezu gleichbedeutend mit der Genossenschaftsentwicklung."

Der neue Hafen in der Walfischbai

Bei der Eröffnung der neuen Hafenanlage in der **Walfischbai** im ehemaligen Südwestafrika südlich von Swakopmund, das immer britischer Besitz gewesen war, hielt der Generalgouverneur der Südafrikanischen Union **Earl Athlone** eine Rede, in der er Südwestafrika zum Besitz des **ersten Hafens** beglückwünschte, in dem **Ozeandampfer** an den Piers anlegen könnten. Er erwähnte die hieraus resultierenden Ersparnisse sowie die größere Sicherheit für Schiffe, Waren und Passagiere, durch die der Handelsverkehr nunmehr zweifellos eine bedeutsame Hebung erfahren würde.

Nach dem Generalgouverneur ergriff der Administrator des Mandatsgebietes, **Werth,** das Wort und erklärte, daß es ihm wohl bewußt sei, daß der neue Hafen von den bereits bestehenden Häfen in Verteidigung ihrer Interessen scharf bekämpft werde. Die Walfischbai sei jedoch ein von der Natur besonders begünstigter Hafenplatz, der der gesamten Südafrikanischen Union den größten wirtschaftlichen Nutzen bringen werde, sobald die projektierte **Eisenbahnlinie Windhuk—Mafeking** fertiggestellt sei. Seiner Überzeugung nach werde der Hafen von Walfischbai noch der Stolz des Atlantischen Ozeans werden.

Die **kommunistische Opposition** hat mit dem Austritt des Reichstagsabgeordneten Vierath aus der K.P.D. im Reichstag Fraktionsstärke erreicht. Sie umfaßt 15 Mitglieder, während die kommunistische Fraktion nur noch über 80 Mitglieder verfügt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Schicksal deutscher Siedler in Rußland

Vor drei Jahren sind 68 ostpreußische Familien unter Führung eines kommunistischen Arbeiters nach Sowjetrußland ausgewandert. Es wurden ihnen sehr weitgehende **Versprechungen** gemacht, weil sich die Sowjet-Regierung von dieser deutschen Siedlergruppe, die unter dem Namen „Rotes Germanien" sich in Rußland eine neue Heimat suchen wollte, offenbar eine erhebliche propagandistische Wirkung versprach. Daher wurde ihr vom Landeswirtschaftskommissariat in Moskau eine **Pachtkonzession** auf dem etwa 700 Hektar großen Gut Lestnitschenko bei Asow im Dongebiet versprochen. Die Reichsstelle für das Auswanderungswesen **warnte dringend** und erklärte, daß die Siedler **selbst** die Verantwortung für den zu erwartenden Mißerfolg zu tragen haben würden. Unter dem Einfluß der kommunistischen Agitation erklärten aber die Auswanderer, denen man die Verhältnisse in Rußland in den lockendsten Farben geschildert hatte, daß sie niemals Deutschlands Hilfe in Anspruch nehmen würden.

Als die Siedler aber auf dem Gute Lestnitschenko anlangten, zeigte sich, daß die dortigen Unterkunftsräume bereits sämtlich von russischen Arbeitern besetzt waren, die sich natürlich weigerten, sie zu räumen. Ohne Obdach bei strenger Kälte, ohne entsprechende Winterkleidung, ohne Brennmaterial und ohne Geld saßen die Deutschen bald **vollkommen im Elend.** Viele mußten sich bei den Bauern gegen Obdach und Essen als Arbeiter verdingen. Das Siedlungsunternehmen **zerfiel,** und die Deutschen mußten sich durchschlagen so gut es ging. Auch der Versuch einer kleinen Gruppe von 8 Familien, im Nordkaukasus sich anzusiedeln, mißglückte. Jedenfalls haben sich die Übriggebliebenen an das Reich gewand, das ihnen **Geld zur Rückkehr** nach Deutschland gewähren soll. Man kann alle Deutschen nur dringend vor der Auswanderung nach Rußland warnen. Wer hart arbeiten will, um des Lebens Notdurft zu fristen, kann das auch in Deutschland, und für fleißige und tüchtige Siedler ist noch Land genug vorhanden, wenn Reich und Länder die landwirtschaftliche Siedlung nach Kräften fördern.

Die Gattin Eisners gegen den bayerischen Fiskus. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg." ist der Gattin des ermordeten Ministerpräsidenten Eisner das Armenrecht zur Zivilklage gegen den bayerischen Fiskus bewilligt worden, nachdem alle Gesuche der Witwe Eisner, die ihr zustehende **Pension** zu bekommen, abschlägig beschieden worden waren, obwohl eine Reihe von Entscheidungen des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes und eine Entscheidung der Münchener Strafkammer vorliegen, die besagen, daß die Mitglieder der provisorischen Regierung Eisner Minister im Sinne des Republikschutzgesetzes gewesen und daher auch die Bestimmungen des Beamtenrechts auf sie anzuwenden seien.

Kurze Nachrichten

Der deutsche Botschafter in Paris v. Hösch ist von seiner Erkrankung völlig genesen u. am Freitag in Berlin eingetroffen um im Auswärtigen Amt Rücksprache zu halten. Er wird wahrscheinlich nächste Woche seine Tätigkeit in Paris wieder aufnehmen.

Verfassungstag — städtischer Feiertag in Berlin. Wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, bleiben am 11. August anläßlich der Feier des Verfassungstages sämtliche städtischen Büros und Kassen geschlossen.

Für Sacco und Vanzetti. Das Komitee Sacco und Vanzetti und die kommunistischen Organisationen haben, wie aus **Paris** gemeldet wird, die Pariser Bevölkerung aufgefordert, Sonntag nachmittag an einem **Demonstrationszuge** durch die Stadt teilzunehmen.

Badischer Teil

Der badische Finanzminister in München

WTB. **München,** 5. August. Der badische Finanzminister Dr. **Schmitt,** der am Mittwoch in München eingetroffen ist, war am Donnerstag Gast des Walchenseewerkes, das er eingehend besichtigte. Oberregierungsrat Dr. **Enzensberger** vom bayerischen Finanzministerium begleitete den Finanzminister zur mittleren Isar A.-G. Finanzminister Dr. **Schmitt,** der sich im Hinblick auf gleichgeartete Unternehmen in Baden außerordentlich für die bayerischen Wasserkräfte interessierte, hat sich über das Gesehene sehr anerkennend ausgesprochen.

Die neuen Schonzeiten

die durch das Gesetz zur Änderung des Jagdgesetzes vom 12. Mai 1927 für Baden festgesetzt worden sind, schieben die Eröffnung der Feldjagd in diesem Jahr gegen früher wesentlich hinaus. Während nach dem alten Jagdgesetz bisher die Jagdzeit für Hasen, Rebhühner, und Fasanen am 24. August begann, fängt die Jagd auf Rebhühner und Fasanen ebenso wie die Jagd auf Schnepfen und das andere Sumpf- und Wassergeflügel nunmehr erst am 1. September an, und noch weiter ausgedehnt ist die Schonzeit für Hasen, die bis einschl. 30. September dauert. Die in den laufenden Jagdpässen noch abgedruckten alten Schonzeiten sind somit nicht mehr gültig, worauf die Jäger zur Vermeidung von Strafen wegen Zuwiderhandlung gegen die Schonzeiten besonders aufmerksam gemacht seien.

Die Eisenbahnverhältnisse am Oberrhein

Verschiedentlich ist der Gemeindeverband **Oberrhein** um Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Oberrheintalstrecke **Basel—Konstanz** bei der RBD. in Karlsruhe vergeblich eingekommen. Die Reichsbahn begründete ihre Bescheide einmal mit der Unwirtschaftlichkeit der verlangten Verbindung, ferner scheitere die Verkürzung der Fahrzeit an den Zoll- und Paßkontrollen an den Grenzstationen. Der Gemeindeverband Oberrhein hat eine neuerliche Eingabe an die Reichsbahndirektion Karlsruhe wegen der ungenügenden Zugverbindungen und Anschlüsse gerichtet. Wegen der Paß- und Zollkontrolle wird verlangt, daß diese während der Fahrzeit in den Zügen vorgenommen werden könnte, wie dies auch in den Eilzügen E 72/73 geschieht. Auch könne darauf verzichtet werden, daß die Reisenden beim Passieren des Schaffhauser Gebiets ihre Gepäckstücke in den Gepäckwagen bringen müssen. Die Eingabe erklärt, daß die dauernd gut besetzten schnellfahrenden Züge auf der Oberrheintalbahn keineswegs wegen der Verminderung des Verkehrs von und nach dem Elsaß in Frage gestellt werden. Stelle man den Zugverkehr auf der Oberrheintalbahn organisch in den allgemeinen nationalen und internationalen Verkehr ein, so werde sich auch eine günstige Besetzung der Züge in den Sommer- und Wintermonaten zeigen. Ferner wird auch auf die ungenügende Wagenzahl an dem Eilzugpaar E 72/73 hingewiesen. Auch sollen die Züge 1617/34 und 1926, die nur an Sonn- und Feiertagen geführt werden, täglich verkehren. Die Bevölkerung des Oberrheins erwarte von der Reichsbahndirektion Karlsruhe, daß ihren Wünschen endlich einmal Gehör geschenkt werde.

Die Unterhaltung von Märkten durch die Gemeinden

Die älteren deutschen Städte sind fast alle aus dem Bedürfnis nach einem Markt entstanden. Die Städte beherrschten im Mittelalter die Handelsstraßen, schrieben den eigenen Bürgern genau vor, **wo** sie ihre Erzeugnisse verkaufen durften und zwangen sogar durchreisende Händler, ihre Waren zuerst in der eigenen Stadt zum Kauf anzubieten, bevor sie sie weiter transportieren durften. Im Zeitalter der Gewerbefreiheit haben sich die Gemeindeverwaltungen verhältnismäßig wenig um die Warenverteilung und um die Warenversorgung ihrer Bürger gekümmert. Immerhin sind sie doch fast überall bestrebt gewesen, die Lebenshaltung der Einwohner so billig wie möglich zu gestalten und zu diesem Zwecke den Handelsverkehr mit Gegenständen des Lebensbedarfs nach Kräften zu **erleichtern.**

Auch die moderne Stadt bedarf trotz aller Ausgestaltung der Ladengeschäfte für bestimmte Gegenstände des täglichen Bedarfs noch **eines Marktes.** Der Bewohner der umliegenden Dörfer und Güter muß die Möglichkeit haben, seine Waren nach der Stadt zu bringen und sie dort den Einwohnern zum Kauf anzubieten. Zu diesem Zwecke müssen die Städte Märkte unterhalten und den Verkehr auf diesen Märkten durch ihre Beamten regeln. Die Kommunalverwaltungen stellen zu diesem Zwecke entweder **öffentliche Plätze** zur Verfügung, oder sie errichten besondere **Markthallen.** Die Eigenart des Handels auf den Märkten macht es jedoch notwendig, die von den Verkäufern zu erhebenden Marktgebühren **so niedrig wie möglich zu halten.** Sind sie zu hoch, so bleiben entweder die Verkäufer weg, weil sie nicht mehr ihre Rechnung finden können, oder aber die einheimischen Käufer werden durch entsprechende **Preisaufschläge** übermäßig belastet. Die Städte pflegen deshalb das Marktstandsgeld so hoch festzusetzen, daß es die Unkosten für die Aufsicht und die Instandhaltung der Märkte deckt. Im übrigen wird der Marktverkehr durch eine ortspolizeiliche Verordnung geregelt.

Öffentliche Märkte sollen nicht zu oft abgehalten werden. Sie sollen nur den Einwohnern die Möglichkeit geben, **ihren dringenden Bedarf** zu möglichst billigen Preisen zu decken. Dehnt man sie allzu sehr aus, und hält man sie also häufig ab, so schaffen sie den ortsansässigen Gewerbetreibenden eine lästige und schädigende Konkurrenz. Das liegt aber keineswegs im Interesse der Kommunalverwaltungen, für die ja die Gewerbesteuern der ansässigen Kaufleute und Handwerker eine ihrer wichtigsten Einnahmequellen bilden. Es wird freilich nicht immer zu verhindern sein, daß der eine oder andere Gewerbetreibende, besonders wenn er in der Nähe des Marktes ansässig ist, an den Markttagen eine Minderung seiner Einnahmen in den Kauf nehmen muß. Das ist im allgemeinen erträglich, und da es seit Jahrzehnten Brauch ist, wird hiergegen von den ständigen Geschäften im allgemeinen auch kein Einspruch erhoben. Die Stadtverwaltungen sollten freilich die **Warengattungen,** die auf den städtischen Märkten verkauft werden, genau bestimmen. In der Hauptsache sind auf diesen Märkten die Erzeugnisse des platten Landes, namentlich, soweit sie zur Deckung des **Nahrungsbedarfs** erforderlich sind, zuzulassen. Die Bestimmung der Märkte ist es im allgemeinen jedoch **nicht,** auswärtigen Händlern und Erzeugern Gelegenheit zum Absatz von Waren zu geben, die in den **ständigen** Geschäften des Ortes **ebenso gut und preiswert** zu haben sind. Aufgabe einer richtigen kommunalen Marktpolitik muß es sein, den ortsansässigen Handel vor dem fremden zu bevorzugen und das heimische Gewerbe nach Möglichkeit zu **schützen.** Nur soweit das Bedürfnis der städtischen Konsumenten nach den auf dem Lande erzeugten Nahrungsmitteln und dergleichen Befriedigung erheischt, soll das städtische Marktwesen diesen notwendigen Warenaustausch zwischen Stadt und Land organisieren und fördern. Die Einnahmen aus den Marktstandsgeldern sollten dabei keine allzu große Rolle spielen, denn für den städtischen Finanzminister werden die Steuern der ansässigen Gewerbetreibenden stets von weit größerer Bedeutung sein, als alle aus dem Marktverkehr etwa zu erzielenden Einnahmen.

Es wird nicht ganz mit Unrecht schon die Frage aufgeworfen, ob in dem modernen Stadtverkehr mit seinen zahlreichen Läden, von denen viele auch der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln dienen, die Veranstaltung von Märkten **überhaupt noch notwendig** sei. Aber auch wenn man der Meinung ist, daß die Hausfrau heute den öffentlichen Markt noch nicht entbehren kann und will, so wird man doch diesen Märkten heute keine allzu große Bedeutung und **keine allzu große Zukunft** mehr zubilligen können. Sie gehören wohl zu denjenigen kommunalen Einrichtungen, die die Entwicklung des modernen Handels mehr und mehr entbehrlich machen wird.

Gemeinde-Rundschau

Der Voranschlag der Stadt Bruchsal. Im Bürgerausschuß Bruchsal wurde in achtstündiger Sitzung der städtische Voranschlag beraten und mit 41 Stimmen (Zentrum, Sozialdemokraten, Deutschnationale und Aufwertungspartei) gegen 28 Simmen (Demokraten, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und Kommunisten) angenommen. Somit wird für den 1926er Fehlbetrag von 110 000 *RM* eine Nachtragsumlage erhoben: je 100 *RM* Steuerwert des Grundvermögens 124 *Rpf*, des Betriebsvermögens 60 *Rpf*, vom Gewerbeertrag 744 *Rpf*; für 1927/28 kommt eine vorläufige Umlage vom Grundvermögen 105 *Rpf*, Betriebsvermögen 50 *Rpf*, Gewerbeertrag 630 *Rpf* zur Erhebung.

Im Bürgerausschuß Kehl teilte Bürgermeister Dr. **Kraus** mit, daß das Bezirksamt die sofortige Einstellung der Arbeit an den 64 Kleinwohnungsbauten verfügt habe. Er erklärte hierzu, daß Ende März bereits sämtliche Pläne, statistische Berechnungen usw. beim Bezirksamt eingereicht waren, daß man aber seither nichts mehr davon gehört habe. Auf mehrfache Vorstellungen sei der Stadt immer wieder versichert worden, daß das Baugesuch mit möglichster Beschleunigung behandelt werde. Der Gemeinderat habe beschlossen, die Verfügung des Bezirksamts nicht auszuführen, da er die Einstellung der Arbeiten im öffentlichen Interesse sowohl als auch im Interesse der Gemeindefinanzen nicht verantworten könne. Es werde sofort Beschwerde beim Ministerium eingelegt werden. — Ohne Aussprache wurde die von der Verwaltung beantragte Erhöhung des Grundbetrages für die Steuer vom Betriebsvermögen um 50 Proz. von 16 auf 24 *Rpf* genehmigt. Bei einem Hundertsatz von 310 ergibt das einen Steuersatz von 50,4. — In geheimer Sitzung wurden dann noch Aufwertungsfragen behandelt.

Tagung des Hegaubahnausschusses. In Überlingen fand dieser Tage eine Sitzung des Hegaubahnausschusses statt, in der über eine Eingabe an die Direktion der Bahngesellschaft bezüglich verschiedener Fahrplanverbesserungen berichtet wurde. Für die Wünsche, die sich auf den Ausbau der Verbindungen über die Bodenseegürtelbahn und die Oberrheintalbahn beziehen, traten namentlich Bürgermeister Dr. **Emerich** von Überlingen und Bürgermeister Dr. **Horster** von Waldshut ein. Die Verkehrskonferenz war nicht nur von Baden und Württemberg, sondern auch von der Schweiz stark besucht.

Ein neuer Frühobstmarkt. Ein dieser Tage in **Durlach-Aue** stattgehabte, von Interessenten stark besuchte Versammlung, die von Oberbürgermeister **Zöller,** Durlach, geleitet wurde, beschloß, die Stadtverwaltung zu ersuchen, in Durlach-Aue einen Wochenmarkt für Frühobst einzurichten. Der Markt soll Montags, Mittwochs und Samstags stattfinden und der Hebung der Obstzucht sowie einer angemessenen Preisbildung dienen. Mit der Gemeinde Bühl, in der ein solcher Markt bekanntlich seit 70 Jahren schon besteht ist Fühlung wegen eines Zusammenarbeitens genommen worden.

Der Voranschlag der Stadt Singen für 1927/28 schließt in Einnahmen mit 1 453 079 *RM* und in Ausgaben mit 1 927 797 *RM* ab, so daß ein ungedeckter Aufwand von 474 718 Reichsmark entsteht. Zur Deckung dieses Fehlbetrages wird ein Umlagesatz von 180,8 Proz. erforderlich. Dies bedeutet 72 *Rpf* auf je 100 *RM* der Grundvermögenswerte, 29 *Rpf* der Betriebsvermögenswerte und 541 *Rpf* auf je 100 *RM* des Gewerbeertrags.

Ankauf des Schwimmbades durch die Stadt Hornberg. In der letzten Bürgerausschußsitzung befaßte man sich u. a. mit der Frage des Ankaufs des Schwimmbades in Hornberg. Nach längeren Verhandlungen wurde das Bad für die Stadtgemeinde erworben, und zwar um 5 000 *RM*. Da zur Instandsetzung des Bades und Erweiterung des Kanals weitere 7 000 *RM* erforderlich sind, soll ein Kapital von 15 000 *RM* aufgenommen werden.

Keine Einstellung der Zahlungen bei der Lörracher Stadtkasse. Entgegen einer von anderer Seite gebrachten Meldung erfahren wir von zuständiger Stelle, daß von der Stadtkasse Lörrach bisher die Auszahlung von keinerlei Geldern eingestellt oder beschränkt worden ist, daß vielmehr nach wie vor die Geschäfte ordnungsgemäß erledigt werden. Lediglich anläßlich des Umzuges des Bürgermeisteramts und der Stadtkasse in die neuen Räume in der Villa Favre mußte die Stadtkasse geschlossen werden. Der Bürgerausschuß ist zu einer abermaligen Sitzung auf den kommenden Freitag einberufen worden, um, nachdem der Haushaltsplan von 1926/27 am vergangenen Freitag abgelehnt worden war, endgültig zu dieser Vorlage nochmals Stellung zu nehmen. Ferner soll auch die Gemeindesteuer für das Rechnungsjahr 1926 endgültig erledigt werden.

Das amerikanische Bauprojekt. Über das Anerbieten einer amerikanischen Firma für **Berlin** 60 000 moderne Familienwohnungen bauen zu wollen, wird den Berliner Blättern mitgeteilt, daß die amerikanische Firma, von der das Angebot ausgeht, der Berliner amerikanischen Handelskammer nicht bekannt ist, auch nicht im Newyorker Telephonadreßbuch steht. Die Firma hat an den Reichsarbeitsminister eine Anzahl von Projekten gekabelt. In Regierungskreisen herrscht aber die Auffassung, daß es sich nicht um ein seriöses Angebot handelt.

Deutsche Ausstellung „Gas und Wasser". In einer von Sachverständigen des Gas- und Wasserfaches aus allen Teilen Deutschlands besuchten Berliner Konferenz, der zahlreiche Vertreter der einschlägigen Industrien beiwohnten, wurde die Abhaltung einer deutschen Fachausstellung unter dem Namen „Deutsche Ausstellung Gas und Wasser **Berlin** 1929" beschlossen. Die Veranstaltung soll im genannten Jahre in der Zeit vom 1. März bis 19. Mai 1929 in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm stattfinden.

Aus der Landeshauptstadt

Verfassungsfeier am 11. August

Auf die am nächsten Donnerstag, 11. August stattfindende Verfassungsfeier im hiesigen Stadtgarten sei besonders hingewiesen. Der 11. August ist bekanntlich in Baden ein Feiertag, wie es kürzlich auch der badische Landtag wiederum ausgesprochen hat. Es findet am Abend dieses Tages ein **Stadtgartenfest** statt, bei welchem die Vereinigung der badischen Polizeimusiker unter der Leitung des Obermusikmeisters Heisig und der Gesangverein „Lassallia" mitwirken. Um allen Bevölkerungsschichten die Teilnahme am Stadtgartenfest zu ermöglichen, ist der Eintrittspreis für jedermann auf nur 20 *Rpf* festgesetzt. Es darf starke Beteiligung der hiesigen Einwohnerschaft erwartet werden. Die Vortragsfolge der Konzertstücke und der Lieder wird durch besonderes Programm bekannt gegeben.

Deutsche Tourenfahrt 1927. Auch die letzte Etappe der Deutschen Tourenfahrt des ADAC. von Baden-Baden über Freudenstadt, Triberg, den Hochschwarzwald, durch das Höllental nach Freiburg hat am Freitag einen glänzenden Verlauf genommen. Die Teilnehmer wurden überall von der Bevölkerung herzlichst begrüßt. Besonders festlich war auch der Empfang in Neustadt, wo die Stadtkapelle Neustadt und der Männergesangverein Hochfirst die Fahrtteilnehmer mit Schwarzwaldweisen willkommen hieß. Am Titisee wurde letzte Rast gemacht und dann gings in geschlossener Kolonne in langem Zuge durch das Höllental nach **Freiburg,** wo die Spitze der Kolonne bald nach 6 Uhr eintraf. Schon weit vor der Stadtgrenze jubelte die Jugend den Fahrtteilnehmern zu und nicht minder herzlich war der Empfang seitens der Bevölkerung n den Straßen der inneren Stadt, die im Schmucke der Fahnen und Wimpel prangen. Der größte Teil der in Halberstadt gestarteten Wagen und Krafträder hat auch die letzte Etappe mit den zahlreichen Steigungen leicht überwunden.

Wiener Operette im Konzerthaus. Heute abend letztes Gastspiel Fritz Hanckes als „Käsebier" in der Operettenposse „Filmzauber" von Walter Kollo. Die morgige Nachmittagsvorstellung von „Wiener Blut" zu stark ermäßigten Preisen beginnt pünktlich 3 Uhr. Abends 7¼ Uhr wird zum vorläufig letzten Mal Leo Falls beste Operette „Dollarprinzessin" gegeben. Zum 25. Mal geht Montag die unverwüstliche Operette „Gräfin Mariza" unter der Leitung Jg. Brantner im Konzerthaus in Szene. Diese bisher in Karlsruhe in so kurzer Zeit noch nicht erreichte Jubiläumsaufführung ist zugleich die letzte dieses überaus beliebten Werkes.

Wetterdienst der Badischen Landeswetterwarte. Bei vielfach heiterem Wetter und östlichen Winden stiegen die Temperaturen gestern wieder erheblicher an. Karlsruhe 28 Grad. Der Schwerpunkt des hohen Drucks hat sich bereits nach Nordosteuropa zurückgezogen und verliert immer mehr an Einfluß auf unser Gebiet. Wir kommen in den Bereich kleiner Tiefdruckwirbel, die über Westeuropa entstanden sind und sich von dort weiter über Mitteleuropa ausbreiten. Nach schwüler Witterung sind vielfach Gewitter und bei tieferem Eindringen der schon unter 2000 Meter liegenden Westströmung sind gewitterartige Regenfälle mit nachfolgender Abkühlung zu erwarten. **Wetteraussichten** für Sonntag: Vielfach Gewitter zunächst noch schwül. Danach westliche Luftzufuhr mit weiteren Gewitterregen und Abkühlung.

Harmonium- u. Pianofabrik
H. Goll A.-G.,
Filiale Karlsruhe
Waldhornstr. 30
Tel. 6835
Erstklassige Pianos
Harmoniums, Sprech-Apparate
Kleine Monatsraten
ohne Anzahlung
G.581

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 26 enthält das Gesetz über die Regelung des Staatshaushaltes für die Jahre 1926 und 1927.

DZ. **Mannheim**, 5. Aug. Dr. H. **Werner**, ein hervorragender Facharzt für Hals-, Ohren- und Nasenkrankheiten und langjähriges Mitglied der Badischen Ärztekammer, ist 60 Jahre alt nach schwerem Leiden gestorben.

* **Bruchsal**, 4. Aug. Die **Verfassungsfeier der Volksschule** Bruchsal gestaltete sich zu einem Kinderfest von stimmungsvoller Eindringlichkeit. Hauptlehrer **Veith** brachte den Schülern der Oberklassen, die sich zur gemeinsamen Feier in der Städt. Turnhalle versammelt hatten, die Grundgedanken der Verfassung in anschaulicher Weise nahe, indem er anknüpfte an die Familie und das tägliche Leben der Kinder und aus den Notwendigkeiten und Bedingungen der engeren Lebensgemeinschaft die Pflichten gegen Volk und Vaterland ableitete. In dem gemeinsam gesungenen Deutschlandlied fanden die tiefen Gefühlswerte der Ansprache ihren stimmungsvollen Ausklang. Mehrstimmige Schülerchöre, Gedichtvorträge der Kinder und Klaviervorträge fügten sich dem Festgedanken wirkungsvoll ein.

DZ. **Rastatt**, 6. August. Die ledige Ella **Kölmel**, Tochter des Josef Kölmel in Ötigheim wurde vom Amtsgericht Rastatt wegen **Milchfälschung** zu einer **Gefängnisstrafe von einer Woche** und zu 50 RM Geldstrafe verurteilt.

DZ. **Offenburg**, 5. Aug. Im Alter von erst 53 Jahren starb heute an Herzschlag Musikdirektor **Karl Fink**. Er war in Offenburg geboren und studierte dann an der Berliner Akademie. Musikdirektor Fink war ein Virtuose auf der Klarinette und ein Lieblingsschüler der bekannten Klarinettistin Pohl und Eßbergers an der Berliner Akademie. Als Männerchordirigent war er besonders geschätzt und erfreute sich zahlreicher Auszeichnungen, insbesondere durch die Komponisten Max Bruch, Attenhofer, Zucher und Hegar. Er war in Offenburg Leiter des Offenburger Orchestervereins, ferner Dirigent des Gesangvereins Liederkranz, Lahr, des Gesangvereins Concordia, Lahr, des Liederkranzes Schutterwald und außerdem Gaudirigent des Sängergaues Ortenau.

Freiburg, 4. Aug. Hochbetrieb herrscht zur Zeit in den **Kurorten des Schwarzwaldes**. Die Gasthöfe und Pensionen sind durchweg vollständig belegt. Die Zahl der den Schwarzwald besuchenden Ausländer nimmt stetig zu. Man trifft besonders viel Engländer und Holländer an.

Bücheranzeigen

Meyers Lexikon Band V (Verlag des Bibliographischen Instituts Leipzig). — Die **neue Auflage** von Meyers Konversationslexikon, die von allen zuständigen Kritikern mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, schreitet rüstig vorwärts. Der fünfte **Band (Germanium bis Hornbaum)** ist genau so sorgsam bearbeitet, wie seine Vorgänger. Immer wieder imponiert neben der Reichhaltigkeit und Zuverlässigkeit dieser großen deutschen Enzyklopädie die Ausstattung der Bände. Eine Fülle von Bildtafeln, kleineren Abbildungen und Karten begleitet den Text und gibt den einzelnen Beiträgen erst den richtigen Wert, nämlich den, der allein durch die Anschauung vermittelt werden kann. Der Buchstabe scheint manchem tot zu sein, das Bild oder die Karte verschafft dem Buchstaben Leben und Anschaulichkeit. So haben denn auch die Herausgeber an Bildermaterial nicht gespart. Ferner sind zu loben der saubere Druck, das feste Papier und der ebenso solide, wie schöne Einband.

Band V bringt von wichtigeren Beiträgen u. a. folgende: über Geschosse und Geschütze, Gesellschaft, Gesicht, Gesteine, Getreide und was irgend dazu gehört, Gießerei, Gift, Glas und Glasbereitung, Gletscher, Gold, Goldschmiedekunst, Goten, Goethe, Gotische Baukunst, Gräber und Grabmäler, Graphik, Gräser, Griechenland, Griechische Kunst und Literatur, Großbritannien, Guatemala, Gummi, Haare und Haartrachten, Habsburg, Hafen und Hafenanlagen, Hamburg, Handarbeiten, Handel und alles was dazu gehört, Handfeuerwaffen, Handwerk, Hannover, Harn und Dazugehöriges, Haushalt, Haustiere, Hauswirtschaftliche Geräte, Heerwesen, Hegel, Heide und Heidepflanzen, Heizung und Heizungsanlagen, Heroldskunst, Herz und Herzkrankheiten, Hessen, Himalaja, Himmel, Hinterindien, Hirsche, Hochschulwesen, Höhere Schulen, Höhlen, Holz- und Holzbearbeitung, Homer, Honig.

Verschiedenes

Bombenanschlag auf die Neuyorker Untergrundbahn

WTB. **Neuyork**, 6. Aug. (Tel.) In der vergangenen Nacht kurz vor 00 Uhr erfolgten in der Untergrundbahn **vier Explosionen**, durch die die Bahnsteige zertrümmert und in mehreren Häuserblocks, die an den Broadway und das Geschäftsviertel grenzen, die Fensterscheiben zertrümmert wurden. Unter den Gästen eines in der Nähe liegenden großen Hotels entstand infolge der Explosionen eine große Panik. Die Explosionen ereigneten sich im Stadtzentrum zwischen der 23. u. 33. Straße. Durch die Explosionen auf den Untergrundbahnhöfen wurde nicht nur der Untergrundbahnverkehr unterbrochen, sondern auch der Straßenbahnverkehr. Der Broadway ist in der Nähe der Explosionsstellen mit Glassplittern und Waren bedeckt. Sieben Personen wurden hier verletzt. Die Polizei nahm Absperrungen vor, um Plünderungen in den in Mitleidenschaft gezogenen Läden und Banken zu verhüten. Ehe sich die Aufregung über die Explosionen gelegt hatte traf aus **Philadelphia** die Meldung von einer neuen furchtbaren Explosion ein. Dort hat ein unbekannter Täter eine Bombe durch ein Fenster einer Kirche geworfen. Die Explosion rief in dem vornehmen Wohnviertel Philadelphias, in dem die Kirche gelegen ist, große Bestürzung hervor.

Geplanter französischer Südamerikaflug.

Wie **Havas** berichtet, beabsichtigt Marineleutnant **Paris**, binnen kurzem mit einem Wasserflugzeug einen Langstreckenrekord auf der Strecke Frankreich—Südamerika aufzustellen. Er unternimmt gegenwärtig Probeflüge in der Gegend von Marseilles.

Französischer Militärflug Paris—Kowno.

Die französischen Leutnants René und Alfred de Vitrolles sind Freitag morgen 4.45 Uhr in Le Bourget bei Paris mit einem 450 PS Doppeldecker mit einer Gesamtbelastung von 1 500 Kilogramm gestartet, um ohne Zwischenlandung nach Kowno zu fliegen. Für diesen ersten französischen Militärflug nach Litauen war eine Dauer von 16 Stunden vorgesehen. Die Flieger sind nachmittags 3.30 Uhr osteuropäischer Zeit in Kowno gelandet.

Erneute Durchschwimmung des Kanals.

Der englische Schwimmer **Temme** hat in ungefähr 15 Stunden den Kanal durchschwommen. Er schwamm am Freitag kurz nach Mitternacht um 00,42 h vom Kap Gris Nez ab und langte mittags 15.09 h in der Nähe von Dover an.

Staatsanzeiger
Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen Dr. Adolf **Groß** in Emmendingen zum Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Justizministerium

Ernannt:

Ministerialrat Gustav **Brugier** in Karlsruhe zum Landgerichtspräsident in Freiburg, Oberlandesgerichtsrat Dr. Otto **Welpert** in Karlsruhe zum Ministerialrat im Justizministerium, die Landgerichtsräte Ludwig **Ganter** und Ernst **Deimling** in Karlsruhe zu Oberlandesgerichtsräten, Justizrat Heinrich **Burger** in Neustadt zum Landgerichtsrat in Mosbach, Regierungsrat Kuno **Ruppert** im Justizministerium zum Landgerichtsrat in Karlsruhe, Kanzleiassistent Heinrich **Klug** beim Amtsgericht Schwetzingen zum Kanzleisekretär

Versetzt:

Landgerichtsrat Otto **Neff** in Mosbach zum Landgericht Karlsruhe, Justizinspektor Ludwig **Reinhard** beim Amtsgericht Heidelberg zur Staatsanwaltschaft daselbst, die Kanzleiassistenten Anton **Weindel** beim Amtsgericht Wolfach zum Notariat Bruchsal und Jakob **Dürr** beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Wolfach, Kanzleiassistentin Irma **Natz** bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zum Justizministerium.

Operette im Konzerthaus

Morgen Sonntag, den 7. August 1927, nachmittags 3 Uhr

Wiener Blut

abends 7¼ Uhr

Die Dollarprinzessin

Karten bei Müller, Kaiserstr., Holzschuh, Werderstr., Brunnert, Kaiserallee, Verkehrsverein, Kaiserstr., Konzerthauskasse und teleph. (7260) zu M. 1.70—6.50. — Montag: **Gräfin Mariza.**

Perserteppiche

der besten Provenienzen, wie Bochara, Saruk, Mahal, Täbris, Heris usw. in — jeder beliebigen Größe —

Amerikanisches Verkaufssystem

Keine Anzahlung | **12 Monatsraten**

Keine Wechsel

Diskrete Abwickelung
Verlangen Sie unverbindlichen Vertreterbesuch

Zuschriften unter A. G. an Annoncenexpedition **J. Danneberg, Frankfurt a. M.,** Roßmarkt 7 G.634

Durch die ganz kollosale Zollermäßigung bedeutend reduzierte Preise

TH. und O. HESSIG

Telephon 105 **Karlsruhe i. B.** **Hirschstr. 40**
G.524 Gegründet 1878

Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
— Asphaltierungen —
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Solidit-Betonstraßen D. R. P.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe F.683

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Glänzende Existenz

Zur Entlast. des Stammh. ist die Fabrikat. u. der Vertrieb einer in Bayern u. Hessen nachweisb. glänz. eingef. Spezialität für den Bez. Baden abzugeben. Große Räume nicht nötig. Rühr. Herren mit mind. 3000 M. Barkapital ist Ia. Existenz geboten. Gefl. Angebote unt. G. 632 an die Expedition der Karlsr. Ztg. erbeten.

300000.- RM.

haben wir als **I. Hypotheken** in Abschnitten von 2000 RM aufwärts auf Stadt- und Landbesitz günstig auszuleihen. Offerten unter G. 630 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Die Gemeinde Laudenbach (Amt Weinheim) beabsichtigt die Beschaffung einer neuen

Turmuhr.

Interessenten wollen ihre Angebote innerhalb 2 Wochen beim Bürgermeisteramt einreichen, wo auch die näheren Bedingungen zu erhalten sind. G. 631

Laudenbach, den 4. August 1927.
Bürgermeisteramt.
Eberle.

Neue wertvolle **Fahrradmarken!** Herren-, Damen- u. Rennräder, 2 Jahre Garantie, sind weit unter Verkaufspreis auszulösen bei beauftragtem Spediteur, Lagerstätte **E. Mannherz**, Ecke Rüppurrer- und Nebeniusstraße.

Detektiv-Institut u. Privat-Auskunftei „Argus“ Mannheim
O. 6. 6 Planken
Selbstanschluß 33305
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Amerika als Vorbild

Walther, Prof. Andreas

Soziologie und Sozialwissenschaften in Amerika und ihre Bedeutung für die Pädagogik

IV, 143 Seiten Preis brosch. M. 5.—, Leinen M. 6.—

Inhalt: Einleitung. Die Entwicklung der amerikanischen Soziologie. Sozialpsychologie. Systematisches Studium der gegenwärtigen Gesellschaft. Sozialpolitik. Soziale Vorbildung der Theologen und der Pädagogen. Die Lösung des Problems der Bürgerkunde auf den Schulen. Der soziologische Unterricht auf College und Gelehrtenschule.

Die Soziologie hat in den Vereinigten Staaten die weitaus konsolidierteste Ausprägung gefunden. Manche Universitäten haben einen soziologischen Lehrstab bis zu 12 Dozenten. Der Verfasser gibt auf Grund eines Besuches zahlreicher soziologischer Departements von New York und Boston bis Los Angeles und Seattle ein dokumentiertes Bild dieser verzweigten Aktivität, insbesondere auch in ihren fruchtbaren Verflechtungen mit der Arbeit der theoretischen und praktischen Nachbarwissenschaften. So wenig eine einfache Nachahmung der amerikanischen Organisationen möglich und wünschenswert ist, so starke Anregungen für neue, vielfach überraschend praktisch-wirksame Wege können sie dem Soziologen, dem Sozialpsychologen, dem Sozialpolitiker, insbesondere auch dem Theologen und dem Pädagogen geben.

Ansichtsvorlage durch jede gute Buchhandlung oder von.

Verlag G. Braun in Karlsruhe (Baden)

Freihändiger Nutzholzverkauf.

Forstamt Herrenwies in Forbach (Baden), **Mittwoch, 17. August 1927**: 3600 Fm. Nadelstammholz, vorwiegend Starkholz. Losverzeichnisse durch das Forstamt (Fernruf Forbach 15.) L.245

Freihändiger Nadellangholz-Verkauf.

Bad. Forstamt Staufen II in Staufen i. Br., **Montag, 15. August**: 1338 Fm. Nadellangholz (1113 Fm. Fi. u. 225 Ta.), wovon 52 Festm. Mastenholz. Losverzeichnisse durch das Forstamt.

Das alte Güterdienstgebäude und die alten Güter- u. Zollhallen im Bahnhof Singen (H.) sind auf Abbruch zu verkaufen. Die Verkaufsbedingungen liegen bei uns und auf unserem Baubüro in Singen zur Einsicht und Abgabe auf. Angebote sind längstens bis **15. August** d. Js. bei uns einzureichen. **Reichsbahn-Bauamt Konstanz.**

Ettlingen. L.260

Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 83: **Kunkel**, Philipp, Kaufmann in Ettlingen, u. Maria geb. Höhne. Vertrag vom 16. Februar 1927: Gütertrennung.
Ettlingen, 4. August 1927.
Amtsgericht.

Druck G. Braun, Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg